

**7. April 1919** - Vor 100 Jahren wurde die Münchner Räterepublik ausgerufen (bis 3. Mai). Ab 13. April beteiligten sich auch die Kommunisten daran. Die Niederschlagung dieser Räterepublik kostete mehr als 1000 Todesopfer.

**28. April 1919** - Vor 100 Jahren Annahme der Satzung des Völkerbundes auf der Pariser Friedenskonferenz.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

Für Halle und den  
Saalekreis

4. Ausgabe / 29. Jahrgang

09. April 2019



## Zahlreiche Gedenkveranstaltungen standen wie jedes Jahr im März an.

So fanden am 8. März Genossinnen und Genossen am Grab von Martha Brautzsch zusammen, um deren Ermordung am 09. März zu gedenken. Ebenfalls gedachten wir an der Hafensbahnbrücke der Ermordung von Karl Meseberg. Für beide Gräber auf dem Südfriedhof hat unser Stadtverband die Grabpatenschaften. Dank zahlreicher Spenden von Genossinnen und Genossen konnten wir gemeinsam mit dem VVN-BdA die Unterhangschilder im Rahmen des Projektes „Bildung im Vorrübergehen“ der Bürgerstiftung Halle für die Karl-Meseberg-Straße finanzieren. Außerdem trafen wir uns traditionell auf dem Friedhof in Ammendorf, um der Gefallenen der Märzkämpfe zu gedenken. Als Redner durften wir Hendrik Lange, MdL und Oberbürgermeisterkandidat begrüßen.



## Plakate und Kommunalwahlprogramme sind da.



Ab sofort kann jede und jeder, der helfen möchte, tagsüber in den Linken Laden kommen, um bei der Vorbereitung der Plakate zu helfen. Aufgabe zunächst ist es, sie so mit Kabelbindern zu versehen, dass die Genossinnen und Genossen nicht so viel Arbeit beim Aufhängen haben. Insgesamt stehen wir vor der Aufgabe, 1413 Plakate im Stadtgebiet nach ordnungsrechtlichen Maßgaben zu hängen. Das heißt z.B., Plakate dürfen nicht an Verkehrsschilder gehangen werden, nicht an Kreuzungen, um die Sicht nicht zu beeinträchtigen und auch nicht an Bäume.

Am 13.04.2019 wollen wir uns 18:00 Uhr im Linken Laden treffen, um die erste Aktion zu starten. Zunächst wird es aber Abendbrot geben: vegetarisches Chili und Kartoffelsuppe. Dabei werden die „Hängetrupps“ zusammengestellt. Der Stadtvorstand und das Wahlbüro freuen sich auf rege Beteiligung. Schön wäre es, wenn ihr euch im Vorfeld schon mal meldet. Am besten bei Matze unter: 017620925318 oder in der Geschäftsstelle.

## Wahlkampfauftakt am 12.04.2019, 15:00 – 18:00 Uhr auf dem Marktplatz



Am 12.04.2019 wollen wir mit einer größeren Aktion auf dem Marktplatz unseren Wahlkampf eröffnen. Es werden die 5 Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten vorgestellt und weitere Kandidierende sind anwesend. Großer Infostand mit Grill, Wählbar, Popcornmaschine, Dosenwerfen und Kinderschminken. Die Moderation hat Birke Bull übernommen.

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 27.03.2019

Unsere Katja ist neue Stadtratsvorsitzende! Hendrik Lange hatte den Vorsitz des Stadtrates abgegeben, weil er sich auf die Wahl zum Oberbürgermeister konzentrieren möchte.

Mit 33 Stimmen von 55 setzte sich Katja Müller souverän gegen die Mitbewerber (Michael Sprung CDU/FDP-Fraktion, 16 Stimmen und Regina Schöps Mitbürger, 6 Stimmen) durch. Und sie führte dann auch schon sehr gut durch die Sitzung!

Bereits in der Bürgerfragestunde war das Thema Globus-Markt sehr aktuell. Verschiedene Bürgerfragen an, ob durch den neuen Globusmarkt Versorgungsbereiche in der Innenstadt verdrängt werden. Unsere Fraktion hat sich bei den Abstimmungen zum Globus-Markt mehrheitlich für den neuen Standort an der Dieselstraße ausgesprochen. Der Markt war bereits im HEP, musste dort aber raus und suchte nun ein neues Domizil. Am Standort des ehemaligen Baumarktes errichtet Globus nun einen neuen, modernen Markt. Ein wichtiges Moment war für uns auch, dass damit alle Arbeitsplätze erhalten werden.

Für Diskussionen sorgte auch der Tagesordnungspunkt „Änderung des Gesellschaftervertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH. Ein neuer Vorschlag lautet, dass die kaufmännische Leitung nicht mehr in künstlerische Belange eingreifen darf. Der OB vertrat seine Position der absoluten künstlerischen Freiheit für die Intendanten. Letztlich geht es um die Struktur der TOOH, die nunmehr geklärt werden muss. In der Debatte wurde auch deutlich, dass die Intendanten der einzelnen Sparten bereits öffentlich Positionen bezogen haben. Es gibt noch viel zu diskutieren und aus diesem Grund wurde die Vorlage in den Kultur- und Finanzausschuss verwiesen.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, dass es in Halle nun eine Straße gibt, die nach dem ehemaligen Oberbürgermeister Klaus Rauen benannt wird. Sie wird im Wohngebiet Heide-Süd zu finden sein.

Ebenfalls viele Diskussionen gab es wieder zu unserem Antrag zur Garagengrundstücksnutzung von Garagentgemeinschaften der Stadt Halle (Saale). Unser Anliegen ist es, dass die Garagentgemeinschaften einen 15 Jahre dauernden Pachtvertrag von der Stadt Halle als Sicherheit erhalten. Hintergrund ist, dass die Verträge mit der Stadt demnächst auslaufen und für die jetzigen Pächter Unsicherheiten entstehen. Der

OB wies mehrmals darauf hin, dass der Antrag rechtswidrig sei, weil Nachteile für die Stadt Halle entstehen. Der Antrag wurde dennoch mit Mehrheit angenommen.

Unser Antrag zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden wurde in die Fachausschüsse verwiesen. Unser Anliegen ist, dass leerstehende Gebäude bis zu einer kompletten „Neunutzung“ von Vereinen für ihre Arbeit genutzt werden können. Auf der Tagesordnung stand auch der Prüfantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates. Wir haben dazu einen Änderungsantrag gestellt, der in seinen Forderungen weiter geht und konkrete Angaben zur Kompetenz des Beirates aufzeigt. Der Antrag sowie der Änderungsantrag sind zur weiteren Diskussion ebenfalls in die Fachausschüsse verwiesen worden.

Ute Haupt, Stadträtin

Am **10. April 2019, ab 17:00 Uhr** trifft sich der **Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk)** im Linken Laden zur Diskussion über die Wahlen zum Europaparlament am 26. Mai 2019.



**Wir haben  
noch Platz im  
Sparstrumpf**

Ihre Spende für unseren  
erfolgreichen Kommunalwahlkampf

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Halle (Saale)

## Louise Otto-Peters – die erste Frauenrechtlerin feierte 200. Geburtstag

Am 26. März 1819 kam in Meißen Louise Otto als jüngstes Kind von Fürchtegott Wilhelm Otto und seiner Frau Charlotte in Meißen zur Welt. Sie wurde in ein gut situiertes Elternhaus hineingeboren; ihr Vater war Gerichtsdirektor und zeitweise auch Senator der Stadt Meißen, ihre Mutter war Tochter eines Porzellanmalers.

Wie es für Mädchen typisch war, orientierte sich Otto-Peters Schulausbildung an der häuslichen Erziehung. Mit der Konfirmation nach dem 14. Lebensjahr endete meist die Schulzeit. Otto-Peters musste auf Grund einiger Erkrankungen eine Klasse dreimal wiederholen. Als auch bei ihr die Konfirmation anstand, verschoben ihre Eltern diese um ein Jahr, um Otto-Peters ein weiteres Jahr Schule zu ermöglichen. Sie war eine sehr fleißige Schülerin und bereits vor dem Eintritt ins Schulalter wurde ihre Bildung von zu Hause sehr gefördert. Ihre Mutter war musisch und literarisch sehr bewandert und gab ihr Wissen gern an die Töchter weiter. Untypisch für die damalige Zeit wurde sich im Hause Otto auch offen über Politik unterhalten. Im Familienkreis las der Vater oft die politischen Tageszeitungen vor. Bereits in ihrer Kindheit entwickelte Otto-Peters ein Interesse an der Politik und las auch selbst Zeitungen und Zeitschriften. So erfuhr sie von der Revolution 1830 in Frankreich und kam auch das erste Mal mit dem Gedanken der Opposition in Berührung.

1835/1836 verstarben ihre Eltern im kurzen Zeitabstand voneinander, was Louise im Alter von 16 Jahren zu einer Vollwaise machte. Zunächst blieb sie mit zwei Schwestern und einer Tante, die das Erbe regelte, in Meißen wohnen. Auf Grund des großen Vermögens hatten die Schwestern keine finanziellen Sorgen. Sie lernte bereits sehr früh, auf sich allein gestellt zu sein. Sie hatte für ein Mädchen ungewöhnlich viele Freiheiten, die sie später in ihrem „Streben nach Selbständigkeit“ unterstützten. Bis 1839 lebte Otto-Peters auf Grund ihrer Unmündigkeit eher zurückgezogen. Erst drei Jahre später tritt sie selbstsicher auf journalistisches Parkett.

Ihre Schwester Antonie heiratete 1839 den Gerichtsdirektor Friedrich Julius Dennhardt und wohnte mit ihm in Oederan. Dort besuchte sie ihre Schwester des Öfteren. In dem aufblühenden Industriestädtchen Oederan lernte sie die bedrückenden Lebensverhält-

nisse der Arbeiterfamilien kennen und verarbeitete diese Erfahrung in dem Gedicht „Die Klöpplerinnen“, welches im Oederaner Stadtanzeiger veröffentlicht wurde. 1842 erschien ihr erster Roman „Ludwig der Kellner“. Ab 1843 betrieb sie politischen Frauenjournalismus und veröffentlichte, vielfach sogar unter dem Pseudonym Otto Stern, in zahlreichen Blättern und Zeitungen. Hierbei lernte sie 1848 ihren späteren Mann August Peters kennen. Peters arbeitete zwischen 1845 und 1847 bei den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ Robert Blums, wo auch Otto-Peters veröffentlichte. Peters nahm 1849 als Revolutionskämpfer am Badischen Aufstand teil und wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. 1856 wurde er begnadigt und freigelassen. Der Kontakt beider war während der Haft sehr spärlich. Gestattet waren nur zwei bis vier Besuchstage im Jahr. Ihre Sorge hinterließ sie in zahlreichen Tagebucheinträgen. 1858 heirateten beide in Meißen und Otto-Peters zog zu ihrem Mann nach Freiberg. Ein Jahr später ging Peters nach Leipzig, um den „Leipziger Generalanzeiger“ herauszugeben. Otto-Peters folgte ihm im April 1860. 1861 gründete Peters die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, in der Otto-Peters den Kulturteil übernahm. Bereits 1864 endete die Ehe durch den Tod August Peters‘.

Im Oktober 1865 war sie Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF). Dieses Datum gilt heute als die Geburtsstunde der organisierten Frauenbewegung in Deutschland. Der Verein hatte das Ziel, verschiedene Rechte für Frauen, wie etwa das Recht auf Bildung, das Recht auf Erwerbsarbeit und den Zugang zu Hochschulstudiengängen durchzusetzen. Nach Gründung des Vereins übernahm Otto-Peters sofort die Herausgabe des 14-tägig erscheinenden Vereinsblattes „Neue Bahnen“. Obwohl sie zeitgleich für andere Zeitschriften tätig war und mehrere Romane veröffentlichte, reichte ihr Verdienst kaum zum Überleben. Otto-Peters war von der Gründung bis zu ihrem Tod 1895 in Leipzig Vorsitzende des Vereins.

### Otto-Peters‘ Themen

In ihren Veröffentlichungen ging es immer wieder um die Emanzipation der Frau. Hierüber herrscht bis heute Uneinigkeit, wie das Emanzipationskonzept Otto-Peters zu verstehen ist. Die Forschung betont

zwar, dass ihr Engagement für verbesserte Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten sowie höhere Löhne für Frauen unstrittig sei, jedoch gebe es keine Kenntnis über die Adressatinnen des Programms. Unterschiedliche Meinungen gibt es auch darüber, ob Otto-Peters politische Mitbestimmungsrechte für Frauen einforderte bzw. eine Forderung überhaupt erhob. Hingegen ist gut erforscht und eindeutig belegt, wie Otto-Peters sich gegenüber Arbeit und Bildung verhielt. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass Otto-Peters die Verbesserung der individuellen und gesellschaftlichen Situation von Mädchen und Frauen anstrebte. Das heißt konkret die Befreiung weiblicher Arbeit, die Hebung weiblicher Bildung und das Prinzip der Selbsthilfe. Unter weiblicher Arbeit versteht Otto-Peters die Erwerbsarbeit von Frauen und damit die Förderung der Erwerbsfähigkeit und die Eröffnung breiter Erwerbsmöglichkeiten. Sie wollte damit erreichen, dass Frauen in die Lage zur „Selbständigkeit“ versetzt werden.

„Selbständig kann schon dem Sprachgebrauch nach nur sein, wer selbst zu stehen vermag, d.h., wer sich selbst auf seinen eigenen Füßen und ohne fremde Beihilfe erhalten kann.“

Sie wollte den Frauen durch eine Berufsausübung zur ökonomischen Selbständigkeit verhelfen. Das hielt sie für „das Fundament weiblicher Selbständigkeit“.

Otto-Peters definierte auch den Zweck der Selbständigkeit. Und zwar sollte er nicht nur ein Notbehelf, also ein Mittel zur Existenzsicherung im Falle von Ehelosigkeit, Witwenschaft oder Erwerbsproblemen des Ehemanns sein, sondern die Grundlage für ein Leben in Würde und Selbstentfaltung. Deshalb sollten Mädchen ebenfalls wie Jungen zu einer Arbeit erzogen werden, die ihren Neigungen und Talenten entspricht.

„Sie müssen sich einen Wirkungskreis suchen können, der ihrem Leben einen Inhalt gibt, ihre Existenz sichert und sie zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft macht.“

1866 entwarf sie ein breites Spektrum weiblicher Erwerbsbereiche. Darunter zählten die mehr oder weniger zugänglichen Berufe der Künstlerin und Schriftstellerin, der Kindergärtnerin, der Ladenmädchen und Verkäuferinnen, der Fotografinnen und Lithografinnen sowie die auf Grund der sich beginnenden Öffnung der kaufmännischen und technischen Ausbildung für Frauen in den Kontoren von Kaufleu-

ten, in Büros der Eisenbahnen, Telegrafen und der Post sowie auf landwirtschaftlichen Gütern. 1865 ließ sie zudem die eingeführte Gewerbefreiheit und die Aufhebung der Verbotensrechte für Zünfte und Innungen hoffen, dass Frauen nach der notwendigen Ausbildung sogar eigenständig Geschäfte in Handel und Handwerk eröffnen könnten. Auch ein Medizinstudium und weibliche Ärzte hielt sie für möglich.

1876 visualisierte sie in ihren „Zukunftshoffnungen“ zum Bereich der Mädchenbildung, dass es an allen Einrichtungen der Mädchen und Frauenbildung Lehrerinnen und Lehrer in gleicher Zahl geben werde und sie auch in der Bezahlung gleichgestellt sein werden. Das Gymnasium und Universitäten werden von ihr ausdrücklich als höchste Bildungsanstalten benannt, zu denen Frauen und Mädchen Zugang haben werden. In Otto-Peters Entwicklung lässt sich hier sehr schön sehen, dass es ihr nicht nur mehr darum ging, Frauen an Bildung und am Erwerbsleben gleichberechtigt teilhaben zu lassen, sondern sie unterstreicht in ihrer Vision den allgemeinen Anspruch der individuellen Selbstentfaltung persönlicher Fähigkeiten und Talente sowie die Berechtigung, sich damit in das gesellschaftliche Leben einzubringen. Mit dieser Vision lässt sich am deutlichsten Otto-Peters Verständnis von „Emanzipation“ begreifen.

Das Thema Selbsthilfe findet in ihren „Zukunftshoffnungen“ 1876 keine weitere Erwähnung. Jedoch untersucht ihre Schrift „Das Recht der Frauen auf Erwerb“ 1866 das Thema. Sie gewährt der Selbsthilfe ein ganzes breites Kapitel und leitet es wie folgt ein: „Wer sich nicht selbst helfen will, dem ist auch nicht zu helfen, ja er verdient nicht einmal, dass ihm geholfen werde! Nur was man durch eigene Kraft erringt, hat einen Wert.“

Otto-Peters unterstreicht damit deutlich, dass sich jede Frau selbst einräumen muss, außerhalb von Ehe und Familie einen Selbstzweck zu haben, weshalb man lernen und sich vorbereiten müsse, „... um nicht nur in einem Fall, der vielleicht gar nicht eintritt, sondern auf alle Fälle ein nützliches, niemanden zur Last fallendes Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden.“

Hierin sieht sie den entscheidenden Ausgangspunkt weiblicher Selbsthilfe - überlasse das eigene Schicksal nicht mehr dem Zufall.

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat April Geburtstag haben.



## Veranstaltungsankündigungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.

FREITAG 12.4.2019 19:00 UHR

FILMUNDGESPRÄCH

FRANZÖSISCHE FILMWOCHEN

STREIK/EN GUERRE (OMU)

F 2018 / R: Stéphane Brizé / D: Vincent Lindon,  
Mélanie Rover, Jacques Borderie, David Rey  
FSK: 12 / 112 Min.

mit Dr. Athanasios Karathanassis, Soziologe und  
Autor, im Luchs Kino am Zoo, Seebener Straße 172,  
Hintereingang Zoo, Halle/Saale, 06114  
Im Rahmen der Französischen Filmwochen in Ko-  
operation mit Artist e.V. und dem Institut Francais

MONTAG 15.4.2019, 14:30 UHR,

VORTRAG UND DISKUSSION

ETHIK DER MIGRATION

MIGRATION ZWISCHEN BEREICHERUNG  
UND BEDROHUNG

mit Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt, im Bürger-  
haus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 30,  
06130 Halle

## Vorankündigung:

Halle, 14.06.2019, 13:00 bis 19:00 Uhr

Wandel – Stadt – Weiter so

Aktionstagung für Entwicklungsperspektiven einer  
Postwachstumsstadt

Veranstaltet von Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-  
Anhalt, Heinrich-Böll Stiftung Sachse-Anhalt und  
Konzeptwerk Neue Ökonomie

So kann es nicht weitergehen!

Ökologische und soziale Krisen machen weltweit,  
aber auch vor der eigenen Haustür klar, dass wir mit  
unserer Lebensweise und der kapitalistischen Wirt-  
schaftsstruktur zunehmend an Grenzen stoßen. Die  
Rufe nach einer umfassenden Transformation werden  
immer lauter.

Unter dem Motto „Wandel - Stadt - Weiter so“  
wollen wir die Gestaltungsmöglichkeiten für eine nach-  
haltige und sozialgerechte Stadt diskutieren.

## Die BO Riebeckplatz / Hofjäger lädt ein:

MV am 17.04.2019 ab 17 Uhr im Kartoffelhaus  
Willy-Brandt-Str.:

- Informationen über den BPT in Bonn im  
Februar

- Vorbereitung der Kommunal- u. Europa-  
wahl am 26. Mai 2019

- Neuwahl Sprecherrat

Gäste sind herzlich willkommen!

## Senioren - Café am 24. April ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4

Reaktionäre Rechte blasen zum Sturm auf  
bereits errämpfte Frauenrechte .....

„Debatten und Aktionen zur Streichung des  
§ 219a“

Vortrag/Diskussion mit Dr. habil V. Schubert-  
Lehnhardt

## Vorschau Mai

## Senioren-Café am 29. Mai ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4

Dr. Vilola Schubert-Lehnhardt stellt das Buch  
"1919 - Das Jahr der Frauen" vor.

## Linkes Blatt

### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

DIE LINKE Saalekreis

Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

04.04.2019

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 09.05.2019

## In Berlin und (H)alle dabei – Junges Halle

Dass die junge Generation was drauf hat und ihr die eigene Zukunft nicht egal ist, stellt sie jeden Freitag eindrücklich unter Beweis. Da sollte es umgekehrt mindestens genauso viel Engagement für die jungen Menschen in unserer Gesellschaft geben. Doch der Bundesregierung scheinen Militärausgaben in Milliardenhöhe, die Förderung der Autoindustrie und sinnlose Studien wichtiger zu sein, als jene Menschen, die in Zukunft unsere Gesellschaft mitgestalten sollen. Statt fünf Millionen Euro für eine weitere Studie über die Folgen von Abtreibungen rauszuschmeißen, wäre sie in der Bildung und im sozialen Bereich sinnvoller angelegt.

Die Kommunen würden sich über einen solchen Geldsegen freuen, denn in ihren Schulen kommt der Putz von den Decken. In Halle gibt es Schulen, die dringend saniert werden müssen. DIE LINKE. Halle will das weiter vorantreiben, was das Schulinvestitionsprogramm bereits begonnen hat: Schulneubau und Schulsanierung für inklusive und barrierefreie Schulgebäude. In diesen Prozess sollen auch frühzeitig Schüler\*innen- und Elternvertretungen einbezogen werden.

Nicht nur ein top Schulgebäude sorgt für gute Lernatmosphäre, sondern auch eine entsprechende Ausstattung; besonders im Bereich der neuen Medien und zur Wahrnehmung besonderer Aufgaben in Form von gemeinsamen Klassen und Integrationsklassen für Migrant\*innen. Für den Zugang zu neuen Medien braucht es auch eine IT-Infrastruktur; das heißt: Endgeräte, Breitbandausbau, Wartung und entsprechende pädagogische Konzeptionen. Nur mal eben ein paar Tablets in die Schulen zu werfen, wenn dort kein stabiles Internet ist vorhanden und die Lehrkräfte nicht ausreichend geschult sind, reicht einfach nicht.

Auch der soziale Aspekt von Bildung muss gefördert werden, denn außerhalb des Unterrichts braucht es Angebote für junge Menschen. Die Jugendsozialarbeit soll an allen Schulen, auch an den Gymnasien, ausgebaut und bestehende Angebote über das Bundesprogramm Bildung und Teilhabe beibehalten werden. Kinder und junge Menschen brauchen Chancengleichheit, um ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden. Über entsprechende Ansprechpartner\*innen, Betreuungs- und Freizeitangebote können sie gesellschaftliche Teilhabe erfahren. DIE LINKE. Halle hat sich zum Ziel gemacht, in jedem Sozialraum der Stadt

mindestens zwei generationenübergreifende Beratungs- und Begegnungszentren zu schaffen und diese auch langfristig finanziell sowie über entsprechendes Personal zu sichern. Diese Zentren sollen ein niedrigschwelliges Angebot der Jugendarbeit anbieten, demokratische Werte vermitteln und sich an den Bedürfnissen junger Menschen orientieren.

Nicht nur in jenen Zentren, auch auf der Straße braucht es gute Sozialarbeit. Hierfür soll in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Fachpersonal, also Streetworker\*innen, mobilisiert werden; gegebenenfalls auch über zu entwickelnde Quereinsteigerprogramme. Initiativen für eigenverantwortliche, mobile und interkulturelle Jugendarbeit sollen unterstützt und selbstverwaltete Jugendtreffs als Freiräume der Subkultur geschaffen werden.

DIE LINKE. Halle möchte ein ausreichend alternatives Sportangebot, Bolzplätze und Skating-Anlagen schaffen sowie ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit über angemessene finanzielle Ausstattungen fördern und bereitstellen. Insbesondere sollen dabei Initiativen und Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus unterstützt und integrative Angebote für deutsche und zugewanderte Kinder ausgebaut werden.

Die jungen Menschen machen uns Erwachsenen bereits vor, dass sie politisch sein können und auch demokratische Prozesse begriffen haben. Umso wichtiger ist es, Kinder und Jugendliche an der Kommunalpolitik teilhaben und sie mitbestimmen lassen zu können. Das geht zum Beispiel über die Unterstützung und Einbindung vom Jugend- und Schüler\*innenrat in die entsprechenden Entscheidungsprozesse. Es braucht ein Jugendparlament, das mit Rechten und Pflichten in kommunalpolitische Prozesse etabliert ist und jungen Menschen ermöglicht, bei allen kommunalen Entscheidungen, die sie betreffen, mitzuentcheiden. Dass junge Menschen reflektierte Verantwortung übernehmen können und somit nicht von den Erwachsenen in politischen Entscheidungen übergangen werden sollten, beweisen sie uns derzeit auf den Straßen.

Meine Fraktion im Bundestag sieht Bildungspolitik als eine zentrale politische Frage für eine soziale, gerechte und demokratische Gesellschaft. Darum ist es für sie wichtig, dass Bildung als öffentliche Daseinsvorsorge für alle Menschen gleichermaßen gewährleistet ist und niemand aufgrund seiner sozialen Herkunft oder finan-

ziellen Lage ausgeschlossen wird.

Am 26. Mai sind Kommunal- und Europawahlen in Halle.

#GehtWählen, damit wir eine Gesellschaft gestalten,

die ihre jungen Menschen zu schätzen weiß, sie in ihren Bedürfnissen unterstützt und ihnen einen Weg bereitet, der von Mitbestimmung, Teilhabe und Chancengleichheit geprägt ist.

## Post von Lene

Liebe Linke und sonstige Feinde von Geldhascherei und Bestechlichkeit,

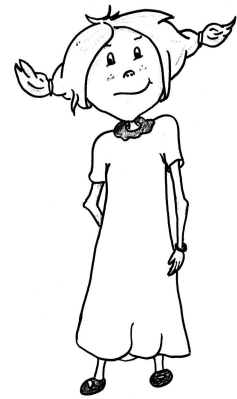
ich wollte Euch eigentlich heute nur über coole Sachen wie den Frauentag und die Blumenfreuden oder unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Stadtrat von Halle schreiben, aber ich muss erst was anderes loswerden. Da ich im Gegensatz zu Papa, Opa und den Jungs meiner Klasse kein Fußballfan bin (ich kann den Krawall bei Fußballspielen mitsamt den Kloppereien unter den Zuschauern nicht ausstehen), hätte ich beinahe nicht erfahren, was da so hinter den Kulissen so abgeht. Meine Kumpels Leo und Anton haben mir etwas von einem Skandal im „Deutschen Fußball Bund (DFB)“ erzählt. Na, da habe ich doch gleich zu Hause nachgegeforscht. Stellt euch vor, der bisherige Chef des DFB namens Grindel kriegt für diesen Posten 500 000 Euro!!! im Jahr. Jetzt kam raus, dass er 78 000 Euro, die er so nebenbei als Aufsichtsratschef einer DFB-Tochterfirma(??) und als Mitglied FIFA(?) -Führung abgefasst hatte, einfach verschwiegen hat. Opa äußerte gegenüber Papa, dass der Grindel sich wahrscheinlich vor Steuern drücken wollte. Die Bombe platzte erst, als rauskam, dass dieser edle Herr eine Uhr als Geschenk im Wert von 6000!!! Euro vom reichen Besitzer des ukrainischen Spitzenklubs Dynamo Kiew eingesteckt hat. Und nun jammerte er öffentlich: „Ich bin tieferschüttert, dass ich wegen eines solchen Vorgangs meine Funktion als DFB-Präsident aufgeben muss.“ Damit, so erfuhr ich von Papa auf meine Nachbohrerei, dass dieser Grindel damit lediglich das Verschweigen der teuren Uhr meinte und lässt ganz flott die andere hohe Summe von 78 000 Euro weg.

Unfassbar! Ich hätte nie gedacht, dass man mit Fußball soviel Geld verdienen kann. Nee! Ach, so ganz nebenbei stand in der Zeitung, dass der Grindel einst Mitglied der CDU-Fraktion im Bundestag gewesen ist. Opa meint, dass der Grindel sicher irgendwie und irgendwann wieder die Treppe „hinauffallen“ wird. Leo und Anton waren der gleichen Meinung.

Nun will ich mal weg vom doofen Fußballskandal zu

etwas kommen, was für uns alle, find ich, ganz wichtig ist, nämlich die Wahlen für unseren Stadtrat am 26. Mai.

Ich finde es toll, dass neben älteren und noch älteren ganz junge Leute und viele Frauen kandidieren. Ich habe schon mit Anton und Leo ausgemacht, in welchen Häusern wir bei dem Verteilen von Wahlpost mit helfen könnten. Je mehr Linke in den Stadtrat gewählt werden, desto gerechter und besser wird es zum Beispiel für unsere Schulen zugehen- Geld für dringende Reparaturen, Turnhallen und neue Schulbänke zum Beispiel. Auch computermäßig könnte vielleicht mehr bei uns landen. Vielleicht haben auch andere aus unserer Klasse oder an unserer Schule noch ein paar gute Ideen, wie sich so einiges auch ohne riesigen Geldaufwand verbessern ließe. Ein Problem an unserer Schule sind die vielen Ausfallstunden, wenn ein oder wie im letzten Monat mehrere Lehrer oder eine Lehrerinnen krank geworden sind. Das war in unserer Klasse z. B. in Deutsch so- Ausfall, Stillbeschäftigung, anderer Fachunterricht waren die Regel. In unseren 11. Klassen soll es ganz besonders schlimm gewesen sein. Wie sollen unsere Elftklässler das bloß bis zum Abi nachholen?? Da muss mein „Lieblingsminister“, der Herr Tullner, mit seiner Rumpfprahlerei (habe ich bei meinen Eltern belauscht) aufhören und endlich mal aus der Hüfte kommen und mal auf die Lehrervertretungen und ihre Vorschläge hören. An unserer benachbarten Grundschule würden z. B. dringend noch Erzieherinnen gebraucht, vor allem, weil hier viele Kinder von Flüchtlingen untergebracht sind. Naja, vielleicht könnten wir ja auch mithelfen, wenn diese Kinder die deutsche Sprache lernen sollen. Ich denke mir, dass man beim Spielen so ganz nebenbei viel weitergeben kann. Wir könnten Schülerpaten sein, oder?



Tschüss Eure Lene



## Plastikmüll ins Recycling, nicht in die Meere!

Das Europaparlament hat heute mit einer großen Mehrheit von 560 zu 35 Stimmen nach Einigung mit dem Rat ein gemeinsames Rahmengesetz für die EU zur Eindämmung der Schäden durch Plastikmüll angenommen. „Das ist eine durchaus gute Nachricht“, sagt der LINKE-Europaabgeordnete Helmut Scholz, „denn es ist besser als nichts.“ Zwar sei es gelungen, den Vorschlag der Kommission, der bis 2021 in nationales Recht umgesetzt werden soll, erheblich zu verbessern, doch „einen Durchbruch auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft haben wir nicht erzielt.“

Helmut Scholz weiter: „Wir brauchen entschieden mehr gesetzgeberischen Mut: Hersteller von Verpackungen müssen verpflichtet werden, recyclingfähige Produkte auf den Markt zu bringen. Das würde 40 Prozent des verwendeten Plastiks in die Kreislaufwirtschaft bringen.“

Ressourcenschonung, Klimaschutz sowie Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen sind zusammen zu denken. Deshalb müsse auch an anderer Stelle vom nächsten Europaparlament nachgeschärft werden, etwa in der Ökodesign- und in der Abfallrahmenrichtlinie. „Die bislang vereinbarten Ziele sind nicht ehrgeizig genug. Warum sollen bis 2025 lediglich 25 Prozent der PET-Flaschen recycelt werden? Denn dann landen drei Viertel weiter in den Meeren und auf Deponien! Für ein Küstenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind ein sauberes Meer und saubere Strände überlebenswichtig. Wenn vom Müll, der an die Strände gespült wird, 85 Prozent Plastikmüll sind, wird der unmittelbare Handlungsbedarf sichtbar. Und das gilt erst recht, wenn nicht nur der Ostseeraum, sondern alle ozeanischen und Wassersysteme unseres Planeten gesehen werden.“

Die wirksame Entwicklung und konsequente Durchsetzung einer umfassenden Kreislaufwirtschaftsstrategie bleiben tagespolitische Herausforderung, über die heute beschlossene Gesetzgebung zu Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt hinaus. Denn auch Ackerland ist zunehmend durch Plastikstücke belastet. Hier müssen Wirtschaft und Gesetzgeber der EU ihren verpflichtenden Beitrag zum Erreichen der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 leisten und damit auch zur Beseitigung von Konfliktursachen weltweit.

Zahlen und Fakten:

Anfang 2018 präsentierte die Europäische Kommission ihren Vorschlag einer europäischen Strategie für Kunststoffe in der sogenannten Kreislaufwirtschaft, einem System, in dem Ressourceneinsatz und Abfallproduktion, Emissionen und Energieverschwendung minimiert werden. Von den 58 Millionen Tonnen Plastik, die in der EU jährlich produziert werden, liegt der Anteil von Verpackungen bei 40 Prozent und jener der Gebrauchsgüter bei 22 Prozent. Von den 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfällen wiederum, die jährlich anfallen, werden nur 30 Prozent recycelt. Der große Rest wird verbrannt oder landet auf Mülldeponien (31 Prozent). Diese befinden sich oft außerhalb der EU, denn Abfallunternehmen zahlreicher EU-Staaten verkaufen ihren Plastikmüll zu einem großen Teil ins Ausland.

### Ihre Spende für unseren erfolgreichen Kommunalwahlkampf 2019

Ohne Moos, nix los. Oder anders gesagt, mit mehr Moos ist mehr los. Die LINKE ist die einzige Partei, die keine Großspenden aus der Wirtschaft annimmt, aber wir freuen uns dennoch über jeden Euro, der unseren Kommunalwahlkampf 2019 in Halle unterstützt. Also spenden, teilen und weitersagen. Und bereits vorab vielen Dank für Ihren/Euren Beitrag zu einem erfolgreichen Kommunalwahlkampf der DieLinkeHalle!

#### Bankverbindung:

IBAN: DE44 8005 3762 0382 3225 18

BIC: NOLADE21HAL

Verwendungszweck: Kommunalwahl 2019

(Auf Wunsch wird selbstverständlich eine Spendenquittung ausgestellt. Dazu bedarf es der Anschrift der Spendenden. Entweder per Mail an uns oder auf der Überweisung mit angeben.)



## **Islamfeindlichkeit – Thesen der Religionspolitischen Kommission der Partei DIE LINKE, März 2019**

Islamfeindlichkeit spielt eine große Rolle in den gesellschaftlichen Debatten und auch in den aktuellen religionspolitischen Auseinandersetzungen. Sie ist mit der Feindbild-Konstruktion einer angeblich fremden und bedrohlichen „islamische Kultur“ verbunden.

Wir gehen in diesen Thesen auf Hintergründe, unterschiedliche Dimensionen und praktische Konsequenzen der Islamfeindlichkeit ein<sup>1</sup>.

### **1) Dimensionen der Islamfeindlichkeit.**

Musliminnen und Muslime in Deutschland erfahren im Alltag verschiedene Formen der Diskriminierung – beginnend bei der Suche nach guter Arbeit und Wohnung. Dazu kommen vielfältige Formen der institutionellen Islamfeindlichkeit, egal ob durch Strafverfolgung, Justiz oder Bildungseinrichtungen. Diese Vorurteile erstrecken sich auf alle, die als „Muslime“ identifiziert werden. Zumeist wird Menschen, die aus mehrheitlich muslimischen Länder stammen, unterstellt, dass sie muslimischen Glaubens seien - egal ob sie diesem Glauben tatsächlich angehören und ob oder wie sie ihn ausüben. Besonders Frauen mit Kopftuch erleben Herabwürdigung und Gewalt. Dies alles ist mit Menschenwürde nicht vereinbar.

Muslimische Gemeinden und Verbänden sind in Deutschland auf sehr unterschiedliche Weise und vor allem anders als Kirchen organisiert. Bisher sind viele von ihnen nicht als Religionsgemeinschaft bzw. als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Dies hat vor allem Gründe im Staatskirchenrecht und führt zu praktischen Benachteiligungen. Dies betrifft die Erteilung des Religionsunterrichts, die Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen und bei der Finanzierung. Die institutionelle Benachteiligung fördert den alltäglichen Rassismus.

### **2) Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus sind in der Bevölkerung weit verbreitet und können im Extremfall bis zu einer völligen Entmenschlichung von Musliminnen und Muslimen führen.**

Islamfeindlichkeit gehört erstens zum herrschenden Mainstream. Verbreitet sind Theorien, die die internationalen Spannungen vor allem als Kulturkampf interpretieren und den Islam als Hauptfeind ausmachen (Samuel Huntington). Die Verkündung eines globalen Kriegs gegen den Terror basiert wesentlich auf der Identifikation des Islam mit einer Ideologie des totalitären Glaubenskriegen. In Deutschland haben z.B. Thilo Sarrazin und Udo Ulfkotte den antimuslimischen Rassismus hoffähig gemacht. Dieses rassistische Bild des Islams als rückständige, gewalttätige und frauenfeindliche Religion hat in breiten Teilen der Gesellschaft Widerhall gefunden. Dadurch wurde sowohl die Akzeptanz für die aggressive Militärpolitik westlicher Staaten als auch für den Abbau von Bürgerrechten im Inneren befördert.

Zweitens gehört das Feindbild Islam zur Aufbaustrategie der extremen Rechten in Europa. Sie können dabei auf die Vorurteile aus den bürgerlichen Parteien aufbauen und bilden Querverbindungen zu sozialen Bewegungen und schaffen rechte Netzwerke wie etwa Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida), Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa), die Identitäre Bewegung. Die AfD transportiert Islamfeindlichkeit in den offiziellen politischen Raum. Sie erhält dabei immer wieder Rückendeckung aus dem rechten Flügel der CDU/CSU.

Drittens gibt es Islamfeindlichkeit auch in Teilen linker und linksliberaler Milieus, sie speist sich aus unterschiedlichen Traditionslinien. Säkulare, laizistische oder naturalistische Positionen sind nicht per se links. Positionen, die sich aus einem Teil antideutscher Theorie- und Politikansätze der 2000er Jahre entwickelt haben, gehören dazu. Diese, sich teilweise als „Ideologiekritiker“ bezeichnenden Gruppen, setzen Islam mit Antisemitismus und Hass auf Israel gleich. Einige Vertreterinnen des Feminismus (z.B. Alice Schwarzer) unterstellen dem Islam grundsätzlich Frauenfeindlichkeit. In Teilen der traditionellen, atheistischen LINKEN gleitet Religionskritik gelegentlich ab in eine generalisierte Kritik von Musliminnen und Muslimen, bzw. dem Islam. Auch hier gilt, dass die Kritik an konkreten Positionen von religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften und die offensive Verteidigung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit untrennbar zusammen gehören.

**3) DIE LINKE weist Islamfeindlichkeit entschieden zurück:**

1) DIE LINKE bekämpft jede Form der Diskriminierung und des Rassismus. Sie steht auf der Seite der Unterdrückten. Das Recht auf Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Es beinhaltet, seine Religion oder Weltanschauung frei zu wählen oder keiner anzugehören und seine Religion oder Weltanschauung in der Öffentlichkeit zu leben.

2) DIE LINKE tritt gegen eine Homogenisierung und Abwertung „des Islam“ ein. Sie geht davon aus, dass der Islam vielfältig und – wie jede andere Religion – in einem steten Wandel begriffen ist. Der Islam gehört zu Deutschland, zu den geistigen Quellen Europas und prägt gemeinsam mit anderen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen das Leben in der Bundesrepublik.

Es bedarf in der Partei DIE LINKE einer eigenen umfassenden Aufklärung und Weiterbildung über die Problematik der Islamfeindlichkeit. Die Parteimedien sollten dem einen verstärkten Raum geben und Parteigruppierungen dies zum Gegenstand ihrer internen Diskussionen machen.

3) DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Musliminnen und Muslime als Musliminnen und Muslime in den Medien, den Schulen und im öffentlichen Raum auftreten können. Damit werden sie als Subjekte sichtbar und ihre Darstellung als Objekte, denen "Fremdheit" zugeschrieben wird, kann durchbrochen werden. Mit diesem Ziel soll auch konkret und differenziert über den Islam in seinen vielen Gestalten berichtet werden. Besondere Beachtung sollten Auslegungen im Islam erfahren, die ihn mit demokratischen, friedlichen und emanzipatorischen Anliegen leben.

4) DIE LINKE sucht den Kontakt zu muslimischen Personen, Gemeinden und Organisationen ohne Vorurteile. Sie gesteht ihnen die gleichen Rechte zu wie christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und Weltanschauungsgemeinschaften. Die Parteigruppen der LINKEN, ihre Ortsverbände und kommunalen wie parlamentarischen Vertretungen werden ermutigt, diese Kontakte auszubauen und Formen praktischer Kooperation zu entwickeln.

5) DIE LINKE kämpft für gleiche Rechte für alle Religionen. Das schließt die Anerkennung des Islam in Deutschland in seiner Vielfalt ein und gilt – wie beim Christentum und dem Judentum - nicht nur für die liberalen Strömungen. Die Anerkennung der Religionsfreiheit macht eine Weiterentwicklung des Staats-Kirchenrechtes notwendig. Das gilt insbesondere angesichts einer Gesellschaft die religiös vielfältiger und säkularer zugleich wird.

6) DIE LINKE als Partei bezieht keine Stellung zu theologischen Debatten. Sie unterstützt diejenigen in den Gemeinden und Organisationen, die sich für menschenrechtliche Positionen innerhalb der Religionen einsetzen.

7) Generalisierungen müssen zurückgewiesen werden; Kritik an bestimmten Ausprägungen des Islam und an dem Verhalten oder Äußerungen von Personen aus dem muslimischen Spektrum müssen konkret geäußert und benannt werden.

8) Wir treten ein für Selbstbestimmung, gegen den Zwang Kopftuch zu tragen und gegen den Zwang das Kopftuch abzulegen, wir sind gegen die Einschränkung von Arbeitnehmer/innenrechten aufgrund der Religion.

9) Wir werben unter Musliminnen und Muslimen, wie bei anderen auch, für die Positionen der LINKEN und wollen jene, die sich mit unseren politischen Zielen identifizieren, als Mitglieder gewinnen.

---

<sup>i</sup> Wir verweisen auf den Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE am 15./16. Mai 2010 in Rostock „Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus“, Download <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/rostocker-parteitag-2010/beschluesse/fuer-solidaritaet-und-gegen-antimuslimischen-rassismus/> sowie auf die Arbeitsdefinition der Britischen Parlamentskommission zu Islamophobie bzw. Antimuslimischem Hass von 2018, Download <https://static1.squarespace.com/static/599c3d2feb9d1a90cfffdd8a9/t/5bfd1ea3352f531a6170ceee/1543315109493/Islamophobia+Defined.pdf>

## Nicht mit offenen Karten - Landesregierung redet Risiken bei der Nord/LB klein

Am 2. April wird sich das Kabinett erneut mit den Handlungsoptionen des Landes bei der Kapitalzuführung für die Nord/LB befassen. Es will Tatsachen schaffen, ohne die Fraktionen an dem Entscheidungsprozess beteiligt zu haben. Die Fraktion DIE LINKE sieht hierbei erheblichen Risiken und Widersprüche in der Position der Landesregierung. Hinzukommt, dass Finanzminister André Schröder (CDU) offenbar entgegen des Landtagsbeschlusses vom 1. März 2019 eine Hintertür zum Verkauf der Landesanteile an private Erwerber offenhalten will. Dazu erklären der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann und der finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel:

„Die auf der Sondersitzung des Finanzausschusses vom 7. März 2019 präsentierten Positionen und Einschätzungen des Finanzministeriums enthalten so gravierende Mängel, dass sich die Fraktion DIE LINKE in ihrer Position bestärkt sieht, dass eine Zustimmung zu der Kapitalzuführung unter diesen Umständen als nicht sinnvoll anzusehen ist.

Das Finanzministerium stellt fest, dass eine einmalige Kapitalzuführung von 198 Mio. Euro dem Erhalt von Einflussmöglichkeiten des Landes Sachsen-Anhalt diene. Dem widerspricht, dass das Ministerium im selben Papier Varianten vorschlägt (mittelbare Beteiligung über Beteiligungsgesellschaften), die den Verzicht auf die Trägerschaft der Nord/LB vorsehen. Für die Fraktion DIE LINKE ist eine Kapitalzuführung über Beteiligungsgesellschaften ein No-Go, da hier auf der einen Seite zusätzliche Kosten entstehen, andererseits die Einflussmöglichkeiten des Landes Sachsen-Anhalt und die Transparenz für den Landtag gegen Null gehen.

Auch unter den Bedingungen einer direkten Kapitalzuführung müsste das Land, auf seine bisherigen Anteile in Höhe von 248,7 Mio Euro verzichten sowohl materiell als auch gesellschaftsrechtlich. Mit anderen Worten: Dieses Geld ist futsch. Und ob wir die 198 Mio. Euro, die nun neu eingezahlt werden sollen, jemals wiedersehen, steht in den Sternen. Es ist bezeichnend, dass die Landesregierung unter diesen Umständen einen Nachtragshaushalt zur Finanzierung der Kapitalzuführung vermeiden will, um dem Haushaltsgesetzgeber nicht Rede und Antwort stehen zu müssen.

Die Darlegung des Ministeriums über die Kompensation der Kapitalzuführung und weiteren anfallende Kosten durch Dividendenzahlungen der Nord/LB an Sachsen-Anhalt sind für uns nicht glaubhaft. Die Landes-

anteile sollen ab 2024 verkauft werden. Wir zweifeln daran, dass die Bank, die ihre Bilanzsumme und damit ihr Geschäft halbieren will, und für 2018 einen Verlust von über 2 Mrd. Euro ausgewiesen hat, bis dahin überhaupt in der Lage ist, nennenswerte Dividenden an Sachsen-Anhalt auszuschütten.

Damit stellt sich die nächste Frage, die nach dem Sanierungskurs der Bank und seinen Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt. Unmittelbar betrifft dies auch die Auswirkung auf den Personalbestand und die Funktionsfähigkeit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Es liegt nicht im Interesse des Landes, hier Blankoschecks auszustellen.

Mit dem Landtagsbeschluss vom 1. März 2019 hat der das Parlament auf Initiative der Fraktion DIE LINKE einstimmig eine Präferenz für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Bank zugunsten des Sparkassenlagers ausgesprochen. Die Landesregierung tut dagegen so, als ob es diesen Beschluss nicht gibt. Dies wirft die Frage auf, wie die Landesinteressen bei der Sanierung der Nord-LB gewahrt bleiben. Nach unserem Eindruck ist dies derzeit nicht der Fall. Wenn sich das Land ohnehin von seinen Anteilen trennen will, wie es auch die Koalitionsfraktionen mit beschlossen haben, stellt sich aus unserer Sicht die Frage der Sinnhaftigkeit einer Kapitalzuführung. Dies umso mehr, als dass die Schiefelage der Bank durch die Wahrnehmung niedersächsischer Interessen zu Lasten anderer Träger der Nord/LB entstanden. Nun will sich Niedersachsen offensichtlich Vorteile bei der Verwertung der verbliebenen Schiffkredite sichern, während unser Land ohne nennenswerte Gegenleistung zur Kasse gebeten werden soll.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist in einem weiteren Engagement des Landes Sachsen-Anhalt keine staatliche Aufgabe zu erkennen. Es geht nun darum, Schäden und Risiken zu minimieren. Dies tut die Landesregierung nicht. Wir haben zudem den Eindruck gewonnen, dass sich insbesondere Finanzminister André Schröder von Absprachen und Nebenabreden leiten lässt, die weder im Interesse des Landes noch vom geltenden Staatsvertrag gedeckt sind, wie dem Verzicht auf Kapitalanteile und Stimmrechte.

Wir sehen die Perspektive der Nord/LB als Teil des öffentlich-rechtlichen Bankensystems, das sich auf Bankdienstleistungen für die regionale Wirtschaft, Handwerker und Arbeitnehmer konzentriert.“